STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit (02/FOS/2022)

am 07.11.2022

in der Mensa der Linteler Schule, Linteler Straße 22, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Durchführung der Einwohnerfragestunde 1. Teil
7. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit am 21.06.2022
0295/2022/2.1
8. Anbringung von Notfallplaketten;
Antrag des Ratsherrn Filafirro vom 24.08.2022
0341/2022/1.2
9. Projekt "Housing First": Bericht der Diplom-Pädagogin Fuß zum Sachstand
0365/2022/2.1
10. Anhebung der Zuschüsse für das Tierheim in Hage und den Tierschutzverein "Aktive Tierfreunde e. V.", Westerende
0369/2022/2.1
11. Suchtprävention "Sucht in Schulen" (SiS-Projekt): Verlängerung der Beteiligung der Stadt Norden
0370/2022/2.1
12. Vereinbarung zwischen dem NLWKN und der Stadt Norden zur Durchführung der Schadstoffunfallbekämpfung im Hafen Norddeich
0372/2022/2.1
13. Ernennung zum Stadtbrandmeister und zum stellv. Stadtbrandmeister
0368/2022/2.1
14. Dringlichkeitsanträge
15. Anfragen, Wünsche und Anregungen
16. Durchführung der Einwohnerfragestunde 2. Teil

17. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Hinrichs, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.00 Uhr. Ratsherr Sikken vertritt Rats Herrn Mellies.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die Tagesordnung wird festgestellt. Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Eilentscheidungen liegen nicht vor.

zu 5 Bekanntgaben

Bekanntgaben liegen nicht vor.

zu 6 Durchführung der Einwohnerfragestunde 1. Teil

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

**zu 7 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit am 21.06.2022
0295/2022/2.1**

Ratsherr Zitting enthält sich, da er an der Sitzung vom 21.06.2022 nicht teilgenommen hat.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit vom 21.06.2022 wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	7
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

**zu 8 Anbringung von Notfallplaketten;
Antrag des Ratsherrn Filafirro vom 24.08.2022
0341/2022/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 24.08.2022 beantragt Ratsherr Filafirro die Anbringung von Notfallplaketten an die im Norder Stadtgebiet befindlichen Park-/Sitzbänke (nummeriert mit festgelegter Standortangabe) Diese sollen die Bänke im Stadtgebiet Norden sowie nach evtl. notwendiger Abstimmung ebenfalls die vorhandenen Mitfahrerbanke umfassen.

Zur Begründung wird auf den beigefügten Antrag verwiesen. Es wird vorgeschlagen, die Angelegenheit inhaltlich im Ausschuss für Feuerwehr-, Ordnung- und Sicherheit zu beraten.

Das von Herrn Korn vom Senioren- und Behindertenbeirat bereits angeschobene Projekt, Sitzbänke im Ortsteil Norddeich mit sog. Notfallplaketten auszustatten, damit der Rettungsdienst / die Feuerwehr hilfesuchende Personen schneller auffinden kann, soll nach Antrag des Herrn Filafarro auch auf das Norder Stadtgebiet ausgeweitet werden.

FDL 2.1, Herr Carls, berichtet, dass bisher 163 Bänke in Norddeich mit Notfallplaketten ausgestattet wurden. Im Norder Stadtgebiet sind ca. 300 Bänke zusätzlich entsprechend zu bearbeiten. Ein Mitarbeiter seines Fachdienstes erstellt z. Zt. ein Kataster, in dem alle Bänke in Norden inkl. Norddeich und deren Standorte verzeichnet sind. Auch die „Mitfahrerbanke“ werden mit einbezogen. Das Kataster ist nach Erstellung stets zu aktualisieren (z. B. bei Austausch oder Umsetzung einer Bank).

Die Kosten für die Ausstattung einer Bank mit einer Notfallplakette betragen pro Bank 20 Euro: 10 Euro Anschaffungskosten pro Plakette und 10 Euro für die Anbringung einer Plakette durch den Baubetriebshof.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2022 umzusetzen und alle Bänke im Norder Stadtgebiet mit sog. Notfallplaketten auszustatten.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 9 Projekt "Housing First": Bericht der Diplom-Pädagogin Fuß zum Sachstand 0365/2022/2.1

Sach- und Rechtslage:

Bericht zur Umsetzung des Projektes „Housing First“ im Zeitraum vom 01.09.2021-31.09.2022

Der Bericht von der Diplom-Pädagogin, Frau Kristina Fuß, beinhaltet neben den Statistiken zur Annahme des Beratungsangebotes einen Überblick über die der Stadt Norden aktuell als wohnungslos oder obdachlos bekannten Personen sowie die Zahlen zur Unterbringung und Vermittlung.

Weitere Themen sind interne und externe Hemmnisse im Vermittlungsprozess in den ersten Wohnungsmarkt sowie eine Vorschau auf die zu erwartende Entwicklung im Bereich der von Wohnungslosigkeit oder Obdachlosigkeit betroffenen Menschen.

Dipl.-Pädagogin Fuß stellt ihren Bericht zur Umsetzung des Projekts „Housing First“ für den Zeitraum 01.09.2021 - 30.09.2022 vor (siehe Anlage).

Ratsherr Zitting stellt anschließend wohlwollend fest, dass die Anzahl der Bewohner der Obdachlosenunterkunft am Flökershauser Weg reduziert werden konnte und somit die Intention des Projektes die ersten Erfolge zeigt.

Auf die Anfrage von Ratsherrn Wiebersiek gibt Frau Fuß an, dass der Landkreis Aurich auf dem umkämpften Wohnungsmarkt eine gewisse Konkurrenz darstellt, da Wohnungen für Flüchtlinge genauso dringend gesucht werden wie für ihr Klientel. Ihr ist aber wichtig, dass es nicht ihr Anliegen ist, die eine Gruppe gegen die andere auszuspielen.

Nicht nur psychische Erkrankungen führen zum Verlust der Wohnung. Diese Ursache nimmt zwar mehr und mehr zu; finanzielle Probleme bleiben ebenfalls weiterhin ein Grund für Zwangsräumungen und der daraus resultierenden, drohenden Obdachlosigkeit.

Auf Anfrage des Ratsherrn Wiebersiek berichtet Frau Fuß, dass andere Gemeinden das Projekt „Housing first“ nicht durchführen oder sie halten keine Obdachlosenunterkünfte vor. Eine Abwanderung Betroffener aus diesen anderen, umliegenden Gemeinden nach Norden wird verhindert durch die entsprechende gesetzliche Regelung, dass die Gemeinde des letzten, festen Wohnsitzes einer von Obdachlosigkeit bedrohter Person für deren Unterbringung zuständig ist.

Frau Fuß verweist auf die sehr gute Vernetzung mit allen beteiligten Behörden und Institutionen und die daraus resultierende, gute Zusammenarbeit, die diesen Erfolg u.a. möglich machte. Sie weist darauf hin, dass eine Zielvereinbarungskontrolle durchgeführt wird, um den Verlauf des Projekts verfolgen und ggfls. steuern zu können. Unter der Telefonnummer 923-401 steht sie gerne für Fragen und/oder Anregungen zur Verfügung.

Der Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit nimmt Kenntnis.

zu 10 Anhebung der Zuschüsse für das Tierheim in Hage und den Tierschutzverein "Aktive Tierfreunde e. V.", Westerende 0369/2022/2.1

Sach- und Rechtslage:

Tiere gelten nach wie vor im Wesentlichen als Sache, folglich unterliegen sie auch dem Fundrecht, das im Bürgerlichen Gesetzbuch (§§ 965 bis 984 BGB) geregelt ist. Die zuständigen Stellen z. B. Gemeinde/Fundbüro, tragen dafür Sorge, dem Fundtier eine entsprechende Unterbringung zu ermöglichen. In der Regel übernehmen Tierheime die Aufgabe, das Fundtier zu füttern und gegebenenfalls eine Behandlung beim Tierarzt durchzuführen. Grundsätzlich sind die Gemeinden dazu angehalten, Fundtiere aufzunehmen und gemäß § 2 des Tierschutzgesetzes (§ 2 TierSchG) entsprechend im Tierheim oder einer Pflegestelle unterzubringen.

Mehrere Gemeinden (Großheide, Dornum, Brookmerland, Hage) im Landkreis Aurich, die Stadt Norden, Gemeinden aus dem Landkreis Wittmund (Esens, Holtriem) sowie der Landkreis Aurich unterstützen finanziell das Tierheim Hage.

Die Stadt Norden hat mit dem Tierheim Hage in 2008 eine entsprechende Vereinbarung zur Aufnahme von Fundtieren geschlossen. Die Stadt Norden sowie die Gemeinden zahlen 1 € je Einwohner.

Das Tierheim Hage hat nunmehr darum gebeten, die Sätze entsprechend anzuheben. Hierzu hat ein Treffen im Tierheim Hage stattgefunden, an dem die beteiligten Gemeinden aus dem Landkreis Aurich teilgenommen haben.

Ausschlaggebend für die beantragte Anhebung der Unterstützung des Tierheims in Hage sind die stark steigenden Energiekosten. Da mit dem dreifachen Arbeitspreis der Strom- und Gasversorger zu rechnen ist, ist eine Anhebung unausweichlich.

Daneben wird der Mindestlohn ab dem 01.10.2022 von 9,82 € ab dem 01.07.2022 auf 10,45 € und am 01.10.2022 auf 12,00 € die Personalkosten ansteigen lassen. Des Weiteren werden ab dem 01.10.2022 die Honorarkostensätze der Tierärzte erhöht.

Aus diesen Gründen wurde von Vertretern der teilnehmenden Städte und Gemeinden einstimmig die Auffassung vertreten, den Zuschuss für das Tierheim Hage um 20% auf 1,20 € ab dem 01.01.2023 zu erhöhen. Hinzuweisen ist, dass laut Auskunft des Betriebsleiters der Zuschuss des Landkreises Aurich um 30% erhöht wurde.

Auch wurde vereinbart, dass das Tierheim Hage im Frühjahr nächsten Jahres die Betriebskosten wieder offenlegt und dann erneut über den Zuschuss beraten wird. Aus Sicht der Verwaltung wird jedoch vorgeschlagen, den Satz dauerhaft auf 1,20 € festzulegen, da nicht zu erwarten ist, dass die Energiekosten wieder stark sinken werden. Eine erneute Zusammenkunft ist bereits für 04/2023 verabredet.

Seit 2012 wird zusätzlich dem Tierheim Hage eine Katzenkastrationspauschale in Höhe von 0,10 € je Einwohner gezahlt. Diese Katzenkastrationspauschale erhält ebenfalls die Katzenauffangstation Westerende.

Auch hier bittet das Tierheim Hage um eine Erhöhung der Pauschale. Die Kosten für eine Kastration liegen bei einem Kater bei ca. 65 € und 130 € bei einer Katze. Im Jahre 2021 wurden 175 Katzen ärztlich versorgt, gechipt, geimpft und alle vor Abgabe an die neuen Besitzer*innen kastriert.

Die bisherigen 0,10 € je Einwohner sind nicht mehr auskömmlich. Aus diesem Grunde soll die Pauschale auf 0,20 € angehoben werden.

Da die Katzenauffangstation in Westerende ebenfalls Fundkatzen für die Stadt Norden aufnimmt und diese Katzen von Abgabe ebenfalls kastriert, erhält diese ebenfalls eine Pauschale für die Katzenkastration. Aus Gründen der Gleichbehandlung soll auch deren Pauschale angehoben werden. Von den bisherigen 2.500 € (bei 25.000 Einwohnern) erhielt das Tierheim 2/3 (1.800 €) und die Katzenauffangstation Westerende 1/3 (700 €). Bei dieser Aufteilung soll es auch verbleiben.

Mehrkosten der finanziellen Unterstützung für das Tierheim Hage entstehen in Höhe von ca. 2.500 € sowie von 2.500 € für die Katzenkastration. Diese Mehrkosten werden im Haushalt 2023 entsprechend berücksichtigt.

Wie FDL 2.1, Herr Carls, berichtet, wurde von der Tierheimleitung bereits im Februar 2022 eine Erhöhung des Zuschusses beantragt. Daraufhin wurde um Einreichung aussagekräftiger Zahlen gebeten, die diese Anhebung begründen. Nachdem die erforderlichen Daten abgegeben wurden, hat die Verwaltung alle mit dem Tierheim Hage zusammenarbeitenden Gemeinden zu dem Antrag befragt bzw. um Stellungnahme gebeten, ob die Gemeinden einer Erhöhung ebenfalls zustimmen würden. Aufgrund der bisherigen, sehr guten Zusammenarbeit will man dem Antrag Folge leisten. Um die Mitarbeiter des Tierheimes jedoch zum umsichtigen Umgang mit den gewährten Mitteln anzuhalten, soll die Erhöhung zunächst für 6 Monate gelten. Mitte 2023

ist dann eine Kostenkontrolle durchzuführen.

Die Kastrationspauschale wird zwischen dem Tierheim in Hage und dem Verein „Aktive Tierfreunde e. V.“ (Katzenauffangstation Westerende), der auch im Bereich der Stadt Norden aktiv ist, aufgeteilt. Daher - und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung - soll auch der städtische Zuschuss an die „aktiven Tierfreunde“ angehoben werden.

Die Zuschüsse zur Unterhaltung des Tierheims Hage, bmt e.V. Geschäftsstelle Norden, Hagermarscher Straße 11, 26524 Hage, werden mit Wirkung vom 01.01.2023, vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zur Haushaltssatzung 2023, wie folgt angehoben:

- 1. Aufnahme von Fundtieren auf 1,20 €/je Einwohner sowie**
- 2. Katzenkastration auf 0,20 €/je Einwohner (2/3).**

Die Erhöhung zu Punkt Nr. 1 erfolgt zunächst für die Zeit vom 01.01.2023 - 30.06.2023.

Der Zuschuss für die Katzenkastration für den Tierschutzverein aktive Tierfreunde e.V., Katzenauffangstation Westerender Str. 32, 26532 Großheide-Westerende, wird auf 0,20 €/je Einwohner (1/3) angehoben.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 11 Suchtprävention "Sucht in Schulen" (SiS-Projekt): Verlängerung der Beteiligung der Stadt Norden 0370/2022/2.1

Sach- und Rechtslage:

Der Landkreis Aurich hat im November 2017 mit der Stadt Norden, der SG Hage, der Gemeinde Hinte und der Gemeinde Krummhörn sowie den Schulen Conerus-Schule-Norden, Ulrichsgymnasium Norden, Oberschule Norden, KGS Hage-Norden und der KGS Hinte-Krummhörn eine Vereinbarung über die Durchführung eines soziokulturellen Projektes zur Suchtprävention an Schulen geschlossen.

Im Rahmen seiner gesetzlichen Bereitstellungsverpflichtung ist der öffentliche Träger der Jugendhilfe (hier der Landkreis Aurich) gehalten, junge Menschen nachhaltig bei der Entwicklung zu einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Teil der Gesellschaft zu unterstützen. Zur Weiterentwicklung jugendfreundlicher Lebens- und Angebotsstrukturen im Landkreis Aurich vereinbarten die o.a. Kooperationspartner auf Grundlage der im Jahre 2016 durchgeführten Bedarfsanalyse die Vereinbarung zu Suchtprävention in Schulen (BaSiS).

Die Kooperationspartner setzten sich zum Ziel, vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Datenerhebung im Gebiet der beteiligten Kommunen systematisch institutionelle, nachhaltige und verlässliche Strukturen zur Suchtprävention zu entwickeln. Der Entwicklungsprozess umfasst die konzeptionelle Entwicklung von lokalen Suchtpräventionsstrategien sowie die operative Umsetzung zielgruppenorientierter Präventionsprojekte unmittelbar gegenüber den o.a. Schulen. Die Schulen stellen in Abstimmung mit der Präventionsfachkraft die kontinuierliche Durchführung von Präventionsmaßnahmen im schulischen Kontext sicher.

Das Vorhaben ist zunächst als Modellprojekt mit einer Laufzeit von 6 Jahren angelegt. Die Projektlaufzeit endet zum 31.12.2023. Die Gesamtkosten (Personal-, Verwaltungs-, Seminar-, Fortbildungskosten) belaufen sich auf 91.000 €/Jahr. Der Landkreis zahlt hiervon 40.000 €, die Kommunen ebenfalls 40.000 € (die Stadt Norden ca. 18.000 €) sowie die beteiligten Schulen 11.000 €.

Das Projekt wird während der Laufzeit durch die Hochschule Emden/Leer begleitet. Verantwortlich ist dort Herr Prof. Tielking.

Die Präventionsfachkraft wurde seinerzeit zunächst beim Landkreis Aurich, Jugendamt, eingestellt. Nachdem das Projekt gut angelaufen war, gab es auf dieser Stelle Personalwechsel, so dass das Projekt sehr ins Stocken geraten war. Seitens des Präventionsrates Stadt Norden, welcher das Projekt inhaltlich stark begleitet, wurde dann das Gespräch mit dem Landkreis Aurich gesucht. Das Projekt wurde daraufhin bei der KVHS Norden angesiedelt und auch mit einer Präventionsfachkraft dort besetzt. Nach einem ½ Jahr gab es erneut einen Personalwechsel. Diese Fachkraft ist nunmehr seit fast 2 Jahren tätig.

Daneben hat die Corona-Pandemie die Durchführung von Präventionsmaßnahmen an den Schulen sehr stark gebremst. Mittlerweile hat sich diese Situation entspannt und es konnten im letzten Schuljahr viele Veranstaltungen in den Schulen durchgeführt werden. Im letzten Steuerungstreffen der beteiligten Städte und Gemeinden, Schulen sowie dem Landkreis Aurich wurde – insbesondere von den Schulleitungen und den dortigen Schulsozialarbeitern – die gute Arbeit der Präventionskraft gelobt und sich ausdrücklich die Fortsetzung des Projektes ausgesprochen.

Den aktuellen Schuljahresbericht 2021/2022 der Präventionsfachkraft füge ich als Anlage bei. Hieraus ergeben sich die Aufgaben der Präventionsfachkraft, die angebotenen Suchtpräventionen sowie die erreichten Schüler*innen an den einzelnen Schulen und Jahrgängen.

Die beteiligten Kommunen haben aufgrund der sehr positiven Rückmeldungen der Schulen, aber auch in Anbetracht der oben dargestellten Zeitverluste im Projekt, vereinbart, die Projektlaufzeit um 2 Jahre vorzeitig zu verlängern. Vorteil dieser Regelung wäre, dass die Schulen bei der Implementierung von Präventionsmaßnahmen weiter unterstützt und diese auch fest in die Jahresplanung der Schulen eingebunden werden.

Die Hochschule Emden/Leer hätte im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Begleitung bei der Evaluation des Projektes einen Zeitraum, welcher auch verbindlich zeigen wird, ob die Maßnahmen auch zielgruppenorientiert und nachhaltig sind.

Darüber hinaus wird der Präventionsfachkraft eine weitere Sicherheit in ihrer beruflichen Tätigkeit gegeben. Hierdurch könne die Gefahr eines erneuten Personalwechsels minimiert werden, welcher wieder eine Zeitverzögerung mit sich bringen würde.

Die Evaluation der Projektziele durch die Hochschule Emden/Leer soll dann rechtzeitig vor Ablauf der Projektlaufzeit erfolgen. Diese Ergebnisse sollen dann mit den Projektpartnern im Steuerungskreis bilateral erörtert und bewertet werden, um rechtzeitig in 2025 in den politischen Gremien über eine mögliche Verstetigung des Projektes zu entscheiden zu können.

Die jährlichen Projektkosten i.H.v. ca. 18.000 € werden im Haushalt eingeplant.

Zur Sach- und Rechtslage aus der Sitzungsvorlage ergänzt FDL 2.1, Herr Carls, dass eine vorzeitige Verlängerung der Beteiligung am Suchtpräventionsprojekt mit dem bisher sehr erfolgreichen Verlauf einerseits und mit einer Planungssicherheit für die zuständige Sachbearbeiterin andererseits begründet wird. Das Projekt wird nicht nur vom Präventionsrat Norden, sondern auch von der FH Emden (Prof. Thielking) begleitet.

Die Ausschussmitglieder befürworten eine langfristige Perspektive und Kontinuität in der Angelegenheit.

Die Beteiligung am soziokulturellen Projekt zur Suchtprävention „Sucht in Schulen“ (SiS-Projekt) wird um 2 Jahre bis zum 31.12.2025 vorzeitig verlängert.

Rechtzeitig vor Projektablauf wird über die Verstetigung des Projektes entschieden.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 12 **Vereinbarung zwischen dem NLWKN und der Stadt Norden zur Durchführung der Schadstoffunfallbekämpfung im Hafen Norddeich**
0372/2022/2.1

Sach- und Rechtslage:

Im Bereich der niedersächsischen Küste ist der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) nach § 1 Nr. 13 der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts (ZustVO-Wasser) für die Abwehr von Gefahren durch wassergefährdende Stoffe zuständig. Die Zuständigkeit erstreckt sich auch auf die mit dem Küstengewässer unmittelbar verbundenen Hafengewässer. Dieses gilt folglich auch für den Hafen Norddeich.

Hierzu hat sich der NLWKN an die Kreisfeuerwehr Landkreis Aurich, dem Landkreis Aurich und die betroffenen Kommunen im Landkreis Aurich gewandt. Im Juni dieses Jahres hat ein gemeinsames Treffen mit Vertretern der Städte Norden, Norderney, Gemeinden Dornum, Baltrum und Juist, der Kreisfeuerwehr, der jeweiligen Ortsbrandmeister, Vertreter des Landkreises Aurich sowie Vertretern der NLWKN stattgefunden.

Zweck dieser beabsichtigten Vereinbarung ist die Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Maßnahmen durch den NLWKN und die Feuerwehr, um bei einem Schadstoffunfall eine drohende Verunreinigung des Hafengewässers zu verhindern oder eine bereits eingetretene Verunreinigung dieses Hafengewässers zu bekämpfen.

Bislang war es in der Praxis so, dass bei einem Schadstoffunfall im Hafengebiet Norddeich die Freiwillige Feuerwehr Norden alarmiert und ausgerückt ist. Die Kosten wurden anschließend dem NLWKN in Rechnung gestellt.

Dieses Verfahren möchte nunmehr das NLWKN auf etwas andere Füße stellen. Im Rahmen dieser Vereinbarung stellt nunmehr das NLWKN sämtlich benötigte Gerätschaften (z.B. Boot, Anhänger/Container, Puppen, Skimmer, PSA) sowie die benötigten Materialien (z.B. Ölsperrensegmente, Absorbentsperre) den beteiligten Kommunen zur Verfügung. Die Kommune bzw. die Freiwillige Feuerwehr unterstützt den NLWKN bei einem Schadstoffunfall. Hierzu bildet die Feuerwehr ausreichend Personal und Ablösepersonal für den erforderli-

chen Einsatz aus. Die Feuerwehr stellt die unverzügliche Einsatzbereitschaft der Ausstattung mit dem notwendigen Personal sicher. Einsätze bei Gefahr für Leib und Leben sowie für höherwertige Rechtsgüter haben Vorrang vor einem Einsatz im Rahmen der Schadstoffunfallbekämpfung.

Der NLWKN führt ebenfalls Ersatzbeschaffungen der Ausstattung zur Wiederherstellung der bereitgestellten Grundausstattung nach einem Einsatz, im Übrigen auch bei Verschleiß oder Ablauf der Nutzungsdauer, durch.

Neben der Zurverfügungstellung der o.a. Geräten, Materialien und Fahrzeugen erhält die Stadt eine jährliche Pauschale in Höhe von 650 € für den Betrieb und die Unterhaltung der bereitgestellten Ausstattung sowie Reparatur. Höhere bzw. weitere Kosten (z.B. Ausbildungen der Feuerwehrleute) können ebenfalls abgerechnet werden.

Im Rahmen der o.a. Besprechung standen die beteiligten Städte und Gemeinden sowie auch die Kreisfeuerwehr und die hiesigen Ortsbrandmeister einer entsprechenden Vereinbarung positiv gegenüber. Diese beabsichtigte Vereinbarung wurde seinerzeit bereits im Entwurf vorgestellt und auch mit den Feuerwehrkameraden besprochen und diskutiert.

Es ist nunmehr beabsichtigt, mit dem NLWKN eine Vereinbarung über die Dauer von 10 Jahren zu schließen. Zu diesem Zeitpunkt ist erstmalig eine Kündigung möglich. Ein außerordentliches Kündigungsrecht ist bei Wegfall des Vereinbarungsgrundes gegeben.

Stadtbrandmeister Kettler erklärt, dass die Freiwillige Feuerwehr Norden bisher regelmäßig Einsätze zur Ölabwehr im Norddeicher Hafen durchgeführt hat, aber dass die Frage der örtlichen Zuständigkeit grundsätzlich zu klären gewesen sei. Ermittelt wurde, dass für die Fläche des Norddeicher Hafens das Land Niedersachsen zuständig ist. Daher ist beabsichtigt, zwischen dem Land und den angehörigen Kommunen ein Vertrag über 10 Jahre zu schließen, in dem festgehalten ist, dass die Norder Wehr weiterhin die vorgenannten Einsätze im Norddeicher Hafen absolviert und dafür vom Land mit den entsprechen Maschinen und Geräten - vorrangig mit einem geeigneten Boot - ausgestattet wird. Diese werden auf dem Gelände des HLZ untergebracht, können aber bei Bedarf und unter dem Vorbehalt der rechtzeitigen Anmeldung vom Land zur Nutzung angefordert werden.

Insgesamt werden Material und Geräte im Wert von ca. 130.000 Euro zur Verfügung gestellt; Ausbildungs- und Übungskosten für die Kameraden sowie Nachlieferungen von Verbrauchsmaterial übernimmt auch das Land.

Die Kosten eines Ölabwehr-Einsatzes im Norddeicher Hafen hat der Verursacher zu zahlen.

Das Boot darf auch für Ölabwehreinätze im Norder Hafen verwendet werden. Die dadurch entstehenden Kosten erhebt die Stadt Norden vom Verursacher des Schadens. Ein Kostenanteil wird sodann an die Landesverwaltung weitergeleitet.

Für die Häfen anderer Kommunen ist die Norder Wehr nicht zuständig.

Der Vereinbarung zwischen dem Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) und der Stadt Norden über die Durchführung der Schadstoffunfallbekämpfung im Hafen Norddeich wird zugestimmt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 13 Ernennung zum Stadtbrandmeister und zum stellv. Stadtbrandmeister
0368/2022/2.1**

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 20 Abs. 4 Satz 1 des Niedersächsischen Brandschutzgesetz (NBrandschG) werden ehrenamtliche Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehr für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

Die aktuelle Amtszeit des Stadtbrandmeisters, sowie dessen Stellvertreter endet somit mit Datum vom 30.11.2022.

Der derzeitige Stadtbrandmeister Thomas Kettler und der stellvertretende Stadtbrandmeister Thomas Weege haben sich zur Wiederwahl aufstellen lassen und wurden mit Datum vom 11.10.2022 von der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder in ihren Ämtern bestätigt. Der Kreisbrandmeister hat den Vorschlägen zugestimmt.

Herr Kettler und Herr Weege erfüllen die nach dem Brandschutzgesetz erforderlichen Voraussetzungen. Sie sind sowohl persönlich (feuerwehrtauglich), als auch fachlich (vorgeschriebene Ausbildungslehrgänge erfolgreich abgeschlossen) geeignet die Funktionen des Stadtbrandmeisters und des stellv. Stadtbrandmeisters weiterhin auszuüben.

Alle Anwesenden stimmen überein, dass sowohl der Stadtbrandmeister als auch sein Stellvertreter in der Vergangenheit auf ihren Posten bewährt haben, der Ausschussvorsitzende gratuliert beiden nach erfolgter Abstimmung zur Wiederernennung.

Stadtbrandmeister Kettler weist darauf hin, dass sein Dienstgrad in der Sitzungsvorlage nicht korrekt wäre:

Er selbst sei Stadtbrandmeister mit dem Dienstgrad „Abschnittsbrandmeister“,

Her Weege trägt als stellvertretender Stadtbrandmeister den Dienstgrad „Hauptbrandmeister“.

Herr Kettler bittet darum, diese Angaben bei der Erstellung der Ernennungsurkunden zu berücksichtigen (*Anm. der Protokollführerin: Angaben wurden am 08.11.2022 an den zuständigen FD 1.2 weitergeleitet*).

- 1. Der Hauptbrandmeister Thomas Kettler wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer vom 01.12.2022 bis zum 30.11.2028 zum Stadtbrandmeister ernannt.**
- 2. Der Hauptbrandmeister Thomas Weege wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer vom 01.12.2022 bis zum 30.11.2028 zum stellvertretenden Stadtbrandmeister ernannt.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 14 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 15 Anfragen, Wünsche und Anregungen

Anfragen, Wünsche und / oder Anregungen werden nicht vorgetragen.

zu 16 Durchführung der Einwohnerfragestunde 2. Teil

Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

zu 17 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Ratsherr Hinrichs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.51 Uhr.